

Open-Data-Strategie soll kommen

[02.11.2023] Rheinland-Pfalz will den Datenschutz seiner Landesverwaltung besser nutzbar machen und hat jetzt die Entwicklung einer ressortübergreifenden Open-Data-Strategie beschlossen. Diese soll bis zum Sommer 2024 vorliegen.

Auch in Rheinland-Pfalz erheben die Behörden des Landes zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zahlreiche Daten, die nicht sensibel oder personenbezogen sind. Der Ministerrat des Landes hat nun die Entwicklung einer ressortübergreifenden Open-Data-Strategie für die Landesverwaltung beschlossen. Das geht aus einer Meldung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung hervor. Allgemein zugängliche, maschinenlesbare und frei wiederverwendbare Verwaltungsdaten nutzen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – aber auch der Verwaltung selbst, denn die Bereitstellung offener Daten erleichtere Datenaustausch und -nutzung innerhalb der Verwaltung. Dies wiederum sei Voraussetzung für datenbasiertes Handeln und verbessere den Einsatz von KI. „Mit dem Open-Data-Projekt im Digitalisierungsministerium geben wir den Startschuss für die umfassende rechtliche, technische und organisatorische Umsetzung von Open Data in der unmittelbaren Landesverwaltung. Unsere ressortübergreifende Open-Data-Strategie, die wir bis Sommer 2024 vorlegen werden, schafft dafür den Handlungsrahmen. Im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer werden wir das existierende Open-Government-Data-Portal zu einem zentralen, anwendungsfreundlichen Angebot weiterentwickeln“, so der Digitalisierungsminister Alexander Schweitzer.

Open-Data-Vorreiter

Bei der Bereitstellung von offenen Daten nimmt Rheinland-Pfalz nach eigenen Angaben seit vielen Jahren eine Vorreiterrolle ein und ist bundesweit unter den Top 5 der datenbereitstellenden Länder im GovData-Datenportal für Deutschland. Bereits seit 2013 werden auf dem Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz offene Daten aus Land und Kommunen zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2015 war Rheinland-Pfalz das erste Flächenland, das ein Transparenzgesetz verabschiedet und in diesem Kontext eine Transparenz-Plattform geschaffen hat mit dem Ziel, den Menschen in Rheinland-Pfalz einen unkomplizierten und schnellen Zugang zu Informationen aus Politik und Verwaltung zu ermöglichen. Mit der Entwicklung einer Open-Data-Strategie und dem Ausbau des Open-Government-Data-Portals setzt die Landesregierung ein Vorhaben des Zukunftsvertrags „Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen“ um, der die kostenfreie Bereitstellung entsprechender Daten in standardisierter, maschinenlesbarer Form vorsieht.

(sib)